

Mitteilungsvorlage	
<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich
Drucksachenummer <u>1012049NV4</u>	
Externes Dokument	

Betreff Aktionsbündnis - Raus aus den Schulden

Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Ja, sh. Begründung <input checked="" type="checkbox"/> Nein	Stellenplanmäßige Auswirkungen <input type="checkbox"/> Ja, sh. Begründung <input checked="" type="checkbox"/> Nein
---	---

Verwaltungsinterne Abstimmung	Datum	Unterschrift
Federführung: Dez. II	23.08.2010	gez. Prof. Dr. Sander
Genehmigung/Freigabe durch OB / Amt 02	24.08.2010	gez. J. Nimptsch

Beratungsfolge	Sitzung	Ergebnis	
Rat	08.09.2010		

Inhalt der Mitteilung

Der Rat hat in Abänderung des Antrages des Stv. Faber - Die Linke - am 08.07.2010 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Verwaltung wird beauftragt, unter anderem mit dem Städtetag NRW die Beitrittskonditionen für einen Beitritt zum Aktionsbündnis „Raus aus den Schulen“ abzuklären.“

Vorstehende Beschlussfassung erfolgte auf Vorschlag von Stv. Finger –Bündnis 90/Die Grünen-, der beantragt hatte, der Stellungnahme der Verwaltung zu folgen. Diese hatte unter der DS-Nr. 1012049ST2 empfohlen, den Antrag des Beitritts zum Aktionsbündnis in einen Prüfungsauftrag umzuwandeln.

Der Prüfungsauftrag hat zu folgendem Ergebnis geführt:

Dem Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden" gehören insbesondere Städte des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes an. Dieses Aktionsbündnis hat sich gegründet aufgrund der vorhandenen Altschulden und massiver struktureller und demographischer Nachteile der Städte und Gemeinden in dieser Region. Derzeit sind die Städte Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Herne, Leverkusen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Remscheid, Solingen, Wesel, Witten und

Wuppertal (und bald wahrscheinlich auch Mönchengladbach) sowie die Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen, Unna und Wesel dem Aktionsbündnis beigetreten.

Ein Beitritt zum Aktionsbündnis ist ohne Beitrittskosten möglich. Gutachterkosten bzw. Kosten für spezielle Aktionen wären anteilig zu entrichten.

Das vorrangige Ziel des Bündnisses, eine Altschuldenhilfe zu erreichen (Entschuldungsfonds), wird außerdem von den Landräten weiterer Mitglieder der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisches Land e. V. unterstützt: Kreis Mettmann, Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis.

Die Ziele des Bündnisses werden aufgrund der kritischen Finanzsituation aller Städte und Gemeinden sowie Kreise von den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Städte- und Gemeindebund, Landkreistag) überwiegend geteilt.

Dabei hat aber u. a. der Städtetag den Anspruch, Vertreter aller Städte zu sein. Er hat sich deshalb "breiter aufgestellt" und sich nicht primär auf das Ziel Altschuldenhilfe fokussiert. Dem Städtetag geht es vor allem darum, zu erreichen, dass die Finanzausstattung aller Kommunen langfristig verbessert wird.

Die Stadt Bonn unterstützt stellvertretend in der Person des Oberbürgermeisters als Mitglied des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages und des Kämmerers als Vorsitzender des Finanzausschusses des Städtetages NRW und des Finanzausschusses des Deutschen Städtetages die Forderung nach Konsolidierungshilfen des Landes. Dieses Anliegen wird aktiv über die kommunalen Spitzenverbände beim Land NRW eingefordert. Hierzu hat der Deutsche Städtetag bereits sowohl in zahlreichen Schreiben an die Mitgliedstädte informiert als auch in speziellen Veranstaltungen (zuletzt am 10. Juni 2010 in Neuss unter dem Motto "Städte in Not - Leistungen für die Bürger erhalten").

Als Mitglied des Städtetags mit aktiven Vertretern in den Gremien des Städtetags wird seitens der Verwaltung keine Notwendigkeit gesehen, zusätzlich dem kommunalen Aktionsbündnisses beitreten.

Das Innenministerium und das Finanzministerium haben zur geplanten Konsolidierungshilfe einen Gutachtenauftrag an Prof. Junkernheinrich von der Technischen Universität Kaiserslautern und Prof. Lenk von der Universität Leipzig vergeben. Dem Auftrag liegt ein umfangreicher Fragenkatalog zugrunde, zudem die kommunalen Spitzenverbände bereits Stellung genommen haben. Mit den Gutachtern wurde vereinbart, dass diese Informationsgespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden führen sollen. Die Ergebnisse des Gutachtens werden zudem nach Abschluss des Gutachtens ergebnisoffen mit den kommunalen Spitzenverbänden zu diskutieren sein. Das Gutachten soll im November vorliegen, damit nach Möglichkeit entsprechende Mittel bereits in 2011 zur Verfügung gestellt werden können. Wenn das Gutachten vorliegt, wird der Städtetag hierzu Stellung beziehen.